

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer – Stellungnahme SPD-Fraktion vom 19.02.2015 zum Haushalt 2015

„Auch ich möchte mich vorab bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit an diesem Haushaltsentwurf bedanken. Mein besonderer Dank gilt Herrn Neubert, Herrn Frische und dem Landrat für die detaillierten Informationen in der Fraktionsberatung.

Der Haushalt ist vorhin vom Landrat ausführlich dargestellt worden. Deshalb möchte ich mich bei meinen Ausführungen auf wenige Aspekte beschränken.

Uns geht es finanziell gut. Die Summe der ordentlichen Erträge steigt auf ein Rekordniveau von 226 Mio. €. Zudem konnte der Landkreis in den letzten Jahren seinen Schuldenstand von 78 Mio. € in 2006 auf 40 Mio. € in 2014 reduzieren. Dies ist auch gut so!

Der Hauptgrund dafür ist die positive wirtschaftliche Entwicklung und die dadurch steigenden Steuereinnahmen, die zu einem größeren FAG-Topf führen. Auch die außerordentlich gute Entwicklung der Städte und Gemeinden bei den Steuereinnahmen spült über die Kreisumlage erheblich mehr Mittel in die Kasse.

Trotzdem gelingt es anscheinend nicht, im Ergebnishaushalt Überschüsse zu erwirtschaften.

Zudem müssen wir laut Plan in diesem Jahr mit einer Nettoneuverschuldung von über 5 Mio. € rechnen.

Für die SPD-Fraktion stellt sich aber zunehmend die Frage, welche Halbwertszeit solche Zahlen haben.

Dazu ein Blick in die Haushalte der letzten fünf Jahre. Schaut man sich die veranschlagte Nettoneuverschuldung, so lag sie im Schnitt über 5 Mio. € im Jahr. Diese Annahmen dienten auch immer als Begründung dafür, dass die Kreisumlage nicht gesenkt werden könne. Summiert man die prognostizierten Nettokreditaufnahmen so kommt man auf über 30 Mio. Wäre das so eingetreten, hätten wir heute einen Schuldenstand von annähernd 100 Mio. €. Unser derzeitiger Schuldenstand beträgt aber laut Plan nur 40 Mio. €. So weit zur Prognosesicherheit der Zahlen. Warum sage ich das?

Sie werden sich erinnern, dass ich in den Haushaltsreden der vergangenen Jahre diese Problematik schon häufig angeschnitten habe. Ich habe schon einmal eine Kiste Bier

darauf verwettet, dass das Ergebnis erheblich besser sein wird als die Prognose.

Die SPD-Fraktion ist sich sicher, dies wird auch beim Haushalt 2015 so sein, zumal dort Ausgaben veranschlagt sind, die noch nicht einmal beschlossen sind (siehe Lebensmitteltechnikum oder EWE-Breitbandausbau) und wohl auch nicht kassenwirksam werden.

Besserstellungen für die nächsten Jahre werden sich auch dadurch ergeben, dass die Millionen, die jetzt zusätzlich für den Sozialhilfebereich eingeplant sind, aufgrund rückwirkender Berechnungsverfahren in den nächsten Jahren vom Land erstattet werden.

Ähnliches gilt ja auch für die vielen Millionen, die wir für den Ausbau der E 233 ausgelegt haben. Kommt es zum Ausbau, wovon ja alle ausgehen, werden diese Auslagen erstattet.

Es gibt also Luft in diesem und wohl auch in den nächsten Haushalten.

Diese Luft sollten wir nutzen, um eine langjährige Forderung des Städte- und Gemeindebundes zu erfüllen, nämlich die Kreisumlage um einen Punkt zu senken.

Dies wäre ein konsequenter Schritt, der für die Gemeinden Verlässlichkeit und Planungssicherheit bringt. Die Gemeinden, Herr Landrat, waren es schließlich, die sich über die Kreisumlage maßgeblich an der Entschuldung des Landkreises beteiligt haben.

Die durch die Senkung entstehenden Wenigereinnahmen von ca. 1,5 Mio. € sind unseres Erachtens sehr gut verkraftbar.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eine kurze Bemerkung zum Städte- und Gemeindebund machen. In den vergangenen Jahren haben wir als Kreistagsmitglieder immer ein Schreiben des Städte- und Gemeindebundes mit ihren Forderungen nach Senkung der Kreisumlage erhalten.

Diesmal hört man hinter vorgehaltener Hand, man habe zwar zwei Punkte Kreisumlagensenkung gefordert, habe dann aber mit dem Landrat Stillschweigen vereinbart.

Dieser Stil ist neu. *(Protokollzusatz: Landrat Wimberg stellte klar, dass es keinen Streit um die Kreisumlage gegeben habe. Es wurde in allen Fraktionen von der gewünschten Senkung der Kreisumlage berichtet und es habe einen konstruktiven Dialog mit den Städten und Gemeinden gegeben, was sicherlich auch im Sinne des Kreistages sein müsste.)*

Übrigens der Antrag der CDU-Fraktion über den wir anschließend beraten werden, einmalig für 2014 unter engen Voraussetzungen eine Art Gewinnausschüttung von bis zu 1,5 Mio. € vorzunehmen, bringt im Moment wenig, da sie erst nach Prüfung des Jahresergebnisses voraussichtlich erst 2016 erfolgt und die Höhe für die Gemeinden nicht vorhersehbar ist.

Dieses Verfahren wäre dann sinnvoll, wenn man zusätzlich für 2014 einen Bonus ausschütten möchte, da ja eine nachträgliche Senkung der Kreisumlage für 2014 nicht möglich ist.

Wir beantragen jedenfalls, die Kreisumlage für 2015 um einen Punkt zu senken und stellen dies hiermit zur Abstimmung.

Lassen Sie mich auf einige Investitionsfelder eingehen.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel in den schulischen Bereich investiert. Das war richtig und wichtig, weil es sich dabei um Investitionen in die Zukunft handelt. Die letzten größeren Neubaumaßnahmen, die wir im letzten Jahr begonnen haben, ist die Sanierung und Erweiterung der BBS Technik am Scheefenkamp in Friesoythe und andere bauliche Maßnahmen. Hinzu kommen künftig sicher noch größere investive Maßnahmen im Rahmen der Inklusion.

Für uns ist es zu begrüßen, wenn neue zusätzliche wohnortnahe Bildungsangebote gemacht werden. Dies gilt sowohl für den berufsbildenden Bereich (hier insbesondere die Einrichtung eines beruflichen Gymnasiums Technik in Friesoythe und zusätzlicher Fachklassen in Cloppenburg und Friesoythe), das gilt auch für den Förderschulbereich (hier die Erweiterung des Schwerpunkts geistige Entwicklung auf den Sek. I Bereich an der Elisabethschule), das gilt aber auch nach wie vor für ein gymnasiales Angebot in Barßel.

Ein zweiter Bereich, in denen wir in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht haben, ist der Bereich der Kinderbetreuung. Die Förderprogramme zum Bau und zum Betrieb von Kinderkrippen zeigen Wirkung. Auch in unserem ländlich strukturierten Raum steigt die Nachfrage nach Betreuungsangeboten. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch im Bereich der Hortplätze, der Ferienbetreuung und der Nachmittagsbetreuung nachlegen. Wir haben zwar die ersten Beschlüsse in dieser Richtung gefasst durch die Beschlüsse zur Finanzierung von Krippenplätzen und der Bezuschussung der Drittkraft in den Gruppen. Die Bezuschussung der Drittkraft wird dankenswerterweise mittlerweile vom Land übernommen, was zu einer dauerhaften Entlastung des Kreishaushaltes führt.

Dennoch werden wir weitere Ganztagsbetreuungsangebote auch für ältere Kinder sowie Ferienbetreuungen anbieten müssen, um Eltern – insbesondere auch Alleinerziehenden- schneller die Möglichkeit zu geben, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Unsere Arbeit für Kinder darf sich aber nicht auf die „normale“ Betreuungsaufgabe beschränken. Die Erfahrung zeigt, dass auch bei uns in den Familien immer mehr Probleme auftreten. Wir werden uns in diesem Bereich in Zukunft noch mehr engagieren müssen. Wenn es uns nicht gelingt durch frühzeitige Hilfen eine Trendwende herbeizuführen, werden uns später die negativen Auswirkungen überrollen. Wir werden mehr investieren müssen in Prävention, insbesondere in die Integration von Bürgern mit ausländischen Wurzeln.

Die derzeitige Flüchtlingswelle und der Zuzug von Werksvertragsarbeitern mit ihren Familien stellt an unsere Gesellschaft eine hohe Herausforderung. Dies ist wohl mittlerweile von den meisten erkannt worden. So stellt das Land mittlerweile Mittel für 240 Sprachlernklassen zur Verfügung, was als ein Anfang betrachtet werden muss.

Für die Sprachförderung von Erwachsenen ist der Bund zuständig, der derzeit diese Aufgabe nur ungenügend angeht. Da dies aber zwingend notwendig ist, begrüßen wir den Antrag der CDU-Fraktion, Sprachlernkurse zunächst auf Kosten des Landkreises anzubieten.

Lassen Sie mich im nächsten Punkt auf die Kontrollfunktion der Verwaltung des Landkreises eingehen.

Wir wissen, dass unsere Verwaltung gute Arbeit leistet. Wir hätten aber schon den Wunsch, dass der Überwachungsdruck durch intensivere und vor allem unangekündigte Kontrollen erhöht wird, um den wenigen schwarzen Schafen frühzeitig das Handwerk zu legen. Die gilt sowohl für die Unterbringung von Werksvertragsarbeitern, für die Tierhaltung, für den Grundwasserschutz, als auch für den Antibiotikamissbrauch. Wir glauben, dass dies auch im Sinne der übergroßen Mehrheit der ordentlich arbeitenden Landwirte ist. Gegebenenfalls müssen wir hierfür zusätzliches Personal zur Verfügung stellen.

Denn negative bundesweite Veröffentlichung in diesen Bereichen, wie in den letzten Monaten fügen dem Image der Region so hohen Schaden zu, den auch millionenschwere Werbekampagnen nicht wettmachen können.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Straßenbau sagen.

Die Planfeststellung zum vierstreifigen Ausbau der E233 läuft. Vom Grundsatz her war für die SPD-Fraktion immer klar, dass ein Ausbau dieses Nadelöhrs erfolgen muss. Dies entspricht sowohl den Interessen der Nutzer der Straße, der heimischen Wirtschaft, aber durch Trassenumlegung und Lärmschutz den Interessen der Anlieger. Dabei hätten wir einen dreistreifigen Ausbau favorisiert, der sich aber nicht umsetzen ließ.

Bauchschmerzen hat uns immer die Übernahme der Planungskosten und der Grunderwerbskosten durch den Landkreis bereitet. Wir haben uns dennoch dafür entschieden, da wir nach wie vor davon ausgehen können, dass diese Kosten, die mittlerweile mehrere Millionen umfassen, bei einer Verwirklichung des Bauvorhabens, so zumindest die Auskunft der Verwaltung, erstattet werden. Wir hoffen nur, dass trotz leerer Kassen beim Bund der Ausbau in Angriff genommen wird und zwar in dem durch die Planfeststellung vorgegebenen engen Zeitrahmen.

Sollte das nicht klappen, hätten wir erhebliche Mittel versenkt.

Wir sind zudem froh darüber, dass wir im Haushalt 2015 wieder viel Geld für den Straßenbau vorgesehen haben. Dies gilt sowohl für die Straßensanierung als auch für das eben beschlossene Straßenverbreiterungskonzept. Dies ist wichtig, um unsere Infrastruktur zu verbessern und unsere Straßen in einem vernünftigen Zustand zu halten. Denn nichts ist teurer als die Schäden, die durch nicht erbrachte Unterhaltung entstehen, zu beheben.

Auch die im letzten Verkehrsausschuss auf unseren Antrag hin beschlossene Anschaffung einer weiteren mobilen Geschwindigkeitsmessanlage halten wir für sinnvoll, da im Landkreis die Unfallhäufigkeit durch überhöhte Geschwindigkeit sehr hoch ist. Die ca. 1 Mio. Einnahmen werden dabei ja nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet, sondern für Präventionsarbeit und die Radwegesanierung.

Unser Landkreis erreicht Top-Positionen, was Wirtschaftskraft und wirtschaftliche Entwicklung angeht. Die Kehrseite der Medaille ist, dass der wirtschaftliche Aufschwung unten nicht ankommt. Beim Lohnniveau, beim Rentenniveau und bei der Frauenbeschäftigungsquote liegt der Landkreis auf Abstiegsplätzen. Es besteht hier massiver Aufholbedarf.

Die stark steigenden Kosten im Sozialhilfebereich sind ein Indiz dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Verlierer sind die Geringqualifizierten, deren möglichen Arbeitsstellen von Werkvertragsarbeitern besetzt

werden.

Ein weiteres sich verschärfendes Problem hier ist sicherlich auch, dass kostengünstiger Wohnraum im Landkreis Cloppenburg knapp wird. Vor dem Hintergrund weiter steigender Zahlen von Werksvertragsarbeitern und einer stark steigenden Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die von den Gemeinden untergebracht werden müssen, müssen Lösungsansätze gefunden werden. Wir denken, dass der Landkreis über seine Wohnungsbaugesellschaft Möglichkeiten entwickeln sollte, Sozialwohnungen zu schaffen. Vielleicht sollten vom Landkreis angekaufte Gebäude daraufhin überprüft werden, ob sie sich – und sei es auch nur vorübergehend - als Wohnungen eignen, bevor sie zum Verkauf angeboten werden bzw. lange leer stehen. Dies könnte zu einer Entlastung des Wohnungsmarktes führen. Lassen Sie mich zum Schluss noch zu den Zweckverbänden kommen.

Die Industriegebieten ecopark und c-port laufen bisher nicht in dem Maße, wie wir es uns das alle erhofft hatten. Das hat schon dazu geführt, dass Barßel und Bösel aus dem Zweckverband ausgeschieden sind. Wir müssen hier mehr tun. Zu überlegen ist, ob das Management der beiden Industriegebiete nicht in einer Hand zusammengeführt werden sollte, um die Effektivität der Vermarktung zu steigern und auch um laufende Kosten für den Kreis und die Gemeinden zu reduzieren.

Als letztes erlauben Sie mir einen Satz zur Imagebefragung – OM.

Das Bild in der Öffentlichkeit wird schon seit Jahren geprägt vom Negativimage der Massentierhaltung. Um ein anderes besseres Bild zu erzeugen, wird es nicht ausreichen, mit einem neuen Logo und mit einem überarbeiteten Leitbild an den Start zu gehen. Da werden grundsätzlichere Entscheidungen gefordert sein, zumal wir in vielen Ortschaften schon jetzt eine Situation haben, dass wir aufgrund der hohen landwirtschaftlichen Vorbelastungen keine neuen Wohn- oder Gewerbegebiete mehr ausweisen können.

Zurück zum Haushalt 2015.

Sollte die von uns beantragte Senkung der Kreisumlage nicht beschlossen werden, sehen wir uns als SPD-Fraktion gezwungen, den Haushalt abzulehnen.“